

Internetquellen im direkten Vergleich zu der bescheidenen Auswahl an Büchern und „Zeitschriften“ (einschlägige Fachzeitschriften wurden gar nicht erst bemüht!). Primärliteratur sucht man indes vergeblich – und über die Relevanz der ausgewählten Sekundärliteratur lässt sich trefflich streiten. Hier wäre die Verwendung von Standardwerken sicherlich angezeigt gewesen. Überdies sind bisweilen auch Redundanzen zu beklagen. Damit aber nicht genug: Häufig werden dieselben Quellen zitiert, was ein differenziertes Meinungsbild unmöglich macht. Ähnlich schwer wiegen die Simplifizierungen und Verkürzungen bei der Darstellung der Methoden der Einflussnahme der evangelikalen Christen in den USA im Kapitel 4.2. Lobbying-Maßnahmen, wie z. B. das *Grassroots Lobbying* oder das *Electoral Lobbying*, finden mit keiner Silbe Erwähnung. Auch hat es den Anschein, dass sich die Einflussnahme durch die Evangelikalen lediglich auf die Exekutive, Legislative und Judikative in den USA beschränkt, was den De-facto-Wirkungsradius nicht korrekt widerspiegelt.

Positiv hervorzuheben ist, dass es *Peter* gelingt, in kurzen und prägnanten Textabschnitten eine komprimierte Wissensvermittlung von komplexen Zusammenhängen in Bezug auf das Zusammenspiel von Politik und Religion in den USA darzubieten. Lobend erwähnt werden sollte außerdem, dass der Autor nicht nur um die Heterogenität und Vielstimmigkeit der christlichen Rechten im Hinblick auf Werte, moralische und religiöse Grundüberzeugungen sowie politische Einstellungen weiß, sondern diese auch dem Leser verdeutlichen kann.

Vor dem Hintergrund der Summe der Kritikpunkte fällt das abschließende

Urteil über die Qualität des Buches jedoch negativ aus: Es kann weder fachlich-inhaltlich noch durch seinen methodischen Zugang überzeugen. Wenn es eine Studie zu den US-Evangelikalen gibt, die entbehrlich erscheint, dann gewiss diese!

Sascha Arnautović

Braml, Josef, Thomas Risse und Eberhard Sandschneider (Hrsg.). *Einsatz für den Frieden – Sicherheit und Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit*. Jahrbuch Internationale Politik Band 28. München. R. Oldenbourg Verlag 2010. 488 Seiten. 49,80 €.

Ein neues Phänomen bereitet der Politik massive Sorgen und stellt die Wissenschaft vor große Herausforderungen: „Je nachdem, welche (normativen) Kriterien, Indikatoren oder Daten genutzt werden“ – so halten die Wissenschaftler in ihrer Einleitung fest – „werden 40 bis 60 Staaten weltweit als ‚schwach‘, ‚versagend‘ oder ‚gescheitert‘ bezeichnet.“ Für die Politik sei es nicht mehr – so schreibt der Außenminister in seinem Vorwort – „wie traditionell in der Geschichte, in erster Linie der starke Nachbar und Konkurrent, der als Bedrohung wahrgenommen wird, sondern der geografisch möglicherweise weit entfernte Staat, der gerade aufgrund seiner Schwäche bedroht und verunsichert.“

Zerfallende, von Gewalt gekennzeichnete Gesellschaften, gefährdete und in Auflösung begriffene Staaten sind einerseits das Thema dieses nach einer originellen Konzeption strukturierten Jahrbuchs. Andererseits ergründen Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, Vertreter internationaler Organisationen und Regierungs- sowie Parteiex-

perten, mit welchen Mitteln und Strategien Räume begrenzter Staatlichkeit stabilisiert und neuartige Governance-Strukturen gefördert werden können.

Die vertraute klassische Staatlichkeit gerate – so *Klaus Segbers* – von vielen Seiten immer stärker unter Druck; die den Regierungen „zugeschriebene innere und äußere Souveränität defundiert nach oben (etwa zur EU), nach unten (zu gesellschaftlichen Gruppen) und zur Seite (zu Marktakteuren).“ (33) Weltweit sich epidemieartig ausbreitende staatliche Zerfallsprozesse seien – nach *Thomas Risse* – auch keineswegs ein „Betriebsunfall“ der Geschichte, sondern eine Realität und Kontextbedingung in weiten Teilen der Welt, auf die sich westliche Demokratieexporteure, Geberländer und die internationale Gemeinschaft systematisch einstellen müssen.“ (28)

Wie diese neue weltpolitische Problemlage wissenschaftlich und politisch sinnvoll bearbeitet werden könnte, ist Gegenstand der in diesem Band von fast 60 Autoren in fünf Kapitel unterteilen, bis zu zehn Seiten langen Beiträgen. Hierbei kommen – durchgehend von ausgewiesenen Fachleuten erarbeitet – grundlegende historische, wirtschaftliche, völkerrechtliche und sicherheitspolitische Aspekte genauso zum Tragen wie detaillierte Analysen der Situation und Perspektiven prekärer Staaten wie z. B. des Kosovo, Georgiens, Pakistans, des Irak oder des Kongo.

Was nationalstaatliche Stabilisierungs- und Entwicklungsanstrengungen betrifft, so werden die Aktivitäten von einem Dutzend Akteuren behandelt, nämlich die aller Sicherheitsratsmitglieder, aber auch jene von z. B. Kanada, Indien und Australien. Bei den supra- und transnationalen Akteuren zur Sicherung und Stabilisierung von Räumen prekärer

Staatlichkeit stehen die Einsätze der UNO im Vordergrund; es werden aber auch die Missionen der EU, der OSZE und die Anstrengungen der WTO und der G20 kritisch gewürdigt.

Im letzten Kapitel schließlich, „Problemprevention und Lösungsansätze der operativen Politik“, werden die Sichtweisen und Beiträge des BMZ, des Bundesverfassungsgerichts sowie die Rolle der Medien gewürdigt. Es kommen Vertreter aller im Bundestag präsenten Parteien mit ihren Überlegungen und Lösungsansätzen zu Wort.

Der durch die neu konzipierten Jahrbücher verstärkt angestrebte Dialog zwischen Wissenschaft und Politik sowie die Herbeiführung einer international besser informierten Öffentlichkeit könnte zu einer stärker vorausschauenden „präventiven Außenpolitik“ beitragen. Zu deren Umsetzung haben die Herausgeber im Schlussteil „fünf pragmatische Empfehlungen“ formuliert. Zu ihnen gehören die Optimierung von Kooperation und Koordination auf allen Ebenen, klare Zielformulierungen, sensible Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse vor Ort, und äußerste Zurückhaltung beim Export westlicher Modellvorstellungen. Trotz der in diesem Jahrbuch präsentierten, geballten wissenschaftlichen und politischen Kompetenz wisse man letztendlich doch noch recht „wenig über die teilweise unübersichtlichen Kausalzusammenhänge in zerfallen(d)en, von Gewalt gekennzeichneten Gesellschaften, die [...] von Fall zu Fall unterschiedlich gelagert sind.“ (425)

Es sei aber vorhersehbar, dass beispielsweise aufgrund von Bevölkerungswachstum, ethnischen Konflikten, aufgrund des Klimawandels, der Wirkungen der Finanzkrise und des Versiegens von Ressourcen noch mehr

Staaten in ihrem Bestand gefährdet, Gesellschaften in Gewaltstrudel gerissen und Regionen extrem instabil werden. Für eine gegenüber dieser neuen internationalen Herausforderung angemessenen Vorgehensweise sei dringend erforderlich – und hier schließen sich die wissenschaftlichen Herausgeber dem im Jahrbuch geäußerten Plädoyer eines Politikers an – „grundlegend darüber zu diskutieren, was Deutschland in einer entgrenzten Welt zum Aufbau prekärer Staaten konzeptionell und materiell beitragen kann und will.“ (421f) Eine äußerst solide, sehr breite und tief fundierte Grundlage ist mit diesem Jahrbuch dafür geschaffen worden.

Hans Wassmund

Europäische Integration

Sarrazin, Thilo. *Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschenken in die Krise geführt hat.*

München. Deutsche Verlags-Anstalt
2012. 462 Seiten. 22,99 €.

Wer hätte das für möglich gehalten: Im Jahr 2012 finden wir ein Buch auf den vorderen Rängen der Bestsellerlisten, das vollgestopft ist mit Statistiken zu Leistungsbilanzen, Zinssätzen, Verschuldungsgraden und Target-2-Salden. Es handelt sich um das neue Buch von *Thilo Sarrazin*, dessen Titel in die Irre führt. Ein Plädoyer für die Auflösung des Euro sucht man darin jedenfalls vergeblich.

Der Band ist in acht Kapitel untergliedert. Kapitel eins behandelt die Vorgeschichte des Euro. Wichtiger aber ist, dass der Autor diese Betrachtung nutzt, um seine wirtschafts-, finanz- und geldtheoretischen Prämissen offenzulegen,

die sich mit der Deutung von Inflation als primär monetärem Phänomen und der Befürwortung eines engen fiskalischen Handlungsrahmens umschreiben lassen. Kapitel zwei diskutiert die institutionellen Veränderungen, die mit der Delegation der Geldpolitik an die Europäische Zentralbank einhergingen, wobei insbesondere die im Maastrichter Vertrag verankerte „No-Bail-Out“-Klausel breiten Raum einnimmt. Im Zentrum des Kapitels drei steht die Analyse der ökonomischen Bilanz des Euro. Demzufolge hatte der Euro für die Nordländer gewisse Vorteile, die aber nicht überschätzt werden sollten. Auf die Wettbewerbsposition der Südländer wirkte der Euro hingegen de-saströs.

In den Kapiteln vier und fünf erfolgt die Auseinandersetzung mit der Eurorettung. Die mit der Installation der Rettungsschirme und den Anleihekäufen durch die EZB erfolgten Verstöße gegen das „No-Bail-Out“-Prinzip interpretiert *Sarrazin* als die „Sündenfälle“ der Rettungspolitik. Diese De-facto-Transfers, so der Autor, vermögen die Ursachen der Krise nicht zu beseitigen, die im Kern eine Wettbewerbskrise ist, und setzen zugleich Fehlanreize gegen solide Finanzpolitik. Folglich spricht sich *Sarrazin* für die Ermöglichung staatlicher Insolvenzen aus, ohne dass die betroffenen Länder den Euro anschließend zwingend verlassen müssten. Allerdings erschwere der Verbleib im Euro die wirtschaftliche Anpassung der Südländer. Keine Alternative sieht *Sarrazin* nach Lage der Dinge aber zur gemeinsam getragenen Abschirmung der systemrelevanten Banken der Krisenländer. Eurobonds wiederum seien nur denkbar, würden sich die schwächeren Länder künftig einer „Finanzdiktatur“ (202) unter deut-